

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Christopher Vogt, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 193/2017
Kiel, Donnerstag, 20. Juli 2017

Schulen/Gesundheitsmanagement

Anita Klahn: Das Land soll und muss ein guter Arbeitgeber sein

In ihrer Rede zu TOP 11 (Verbesserung Gesundheitsmanagement an Schulen) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Auf den Lehrer kommt es an. Das ist nicht nur die zentrale Botschaft der anerkannten Hattie-Studie, sondern auch die Wahrnehmung aller, die sich im Bildungsbereich bewegen.

Realität ist aber, dass die Lehrkräfte vielfältigen Belastungen ausgesetzt sind. Manchmal sind die Räumlichkeiten oder Ausstattung nicht so, wie wir uns das eigentlich vorstellen; Personalengpässe, Verwaltungsbürokratie und zusätzliche gesetzliche Vorgaben belasten.

Manchmal sind Klassen einfach aufgrund ihrer Zusammensetzung eine größere Belastung. Auf Inklusion oder Integration von Flüchtlingskindern fühlen sich viele Lehrkräfte nur unzureichend vorbereitet und trotzdem wollen sie allen gerecht werden.

Die Interessenvertretung der Lehrkräfte (IVL) hat erst kürzlich eine Umfrage zur Arbeitsbelastung gemacht. Im Ergebnis haben 76 Prozent der Lehrkräfte ihre eigene zeitliche Belastung als oft und sehr anstrengend, schwierig, unbefriedigend, frustrierend, verbesserungswürdig beschrieben.

Eine bundesweite Studie der DAK aus dem letzten Jahr zeigt, dass jeder fünfte Lehrer an eine Frühpensionierung wegen Arbeitsüberlastung und Stress denkt. Das ist mehr als ein Alarmsignal!

Wir wissen alle, dass ‚die Arbeitszeit von Lehrkräften durch eine Gemengelage vieler Faktoren gekennzeichnet ist‘, so wurde es auch im Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Januar 2004 formuliert.

Wir kennen auch die Bedenken gegen Arbeitszeitgutachten, die Kritik am Hamburger Arbeitszeitmodell und die Aussage der letzten Bildungsministerin dazu.

Aber soll die Schlussfolgerung daraus sein, dass wir weiterhin wegschauen? Wollen wir weiterhin die ansteigenden Zahlen von Erkrankungen einfach hinnehmen?

Ignorieren wir weiterhin aus welchem Grund, insbesondere ältere Lehrkräfte, tatsächlich in die Teilzeit oder sogar in den vorgezogenen Ruhestand gehen und damit eine Schlechterstellung in ihrer Altersversorgung akzeptieren?

Wir, die Jamaika-Koalitionäre, sagen ganz klar ‚Nein‘!

Das Land soll und will ein guter Arbeitgeber sein. Schleswig-Holstein hat eine Fürsorgepflicht gegenüber den über 21.000 Lehrkräften. Dazu gehört auch ein gutes Gesundheitsmanagement.

Das Land muss ein ureigenes Interesse daran haben, für die Gesunderhaltung seiner Lehrkräfte zu sorgen. Das ist nicht nur eine Selbstverständlichkeit im Umgang mit seinen Mitarbeitern, sondern führt auch zu besserem Unterricht und zu weniger Unterrichtsausfall. Davon profitieren im Ergebnis auch die Schülerinnen und Schüler.

Wir wollen das Thema ‚gesunde Schule‘ in seiner Vielfalt vorantreiben. In unserem Koalitionsvertrag benennen wir dazu verschiedene Punkte und der vorliegende Antrag ist der erste Aufschlag dazu. Gute Schule kann ohne gesunde und motivierte Lehrer nicht funktionieren.

Die Landesregierung soll ein erstes Zwischenergebnis im ersten Quartal 2018 vorlegen. Auf dieser Grundlage können wir dann das weitere Vorgehen beraten.

Wir wollen sehen, wie die 59er Vereinbarung mit mehr Leben gefüllt werden kann. Wir müssen über Leitungszeiten und Poolstunden reden. Wichtig ist uns dabei, dass die Lehrerverbände in den Prozess mit eingebunden werden.

Und Kollege Vogel: Ich freue mich, dass die SPD – jetzt in der Opposition – ihre Meinung in dieser Angelegenheit geändert hat. Während Sie in Regierungsverantwortung zweimal Initiativen von uns zu diesem Thema abgelehnten oder per Pressemitteilung erklärten, dass es ‚genug Untersuchungen‘ gäbe, geht es Ihnen jetzt nicht schnell genug.

Ich erinnere an die 45. Bildungsausschusssitzung (28.08.14), wo der sozialdemokratische Staatssekretär Loßack ausführlich erklärte, warum eine wissenschaftliche Untersuchung nicht möglich und im Übrigen auch kein Geld vorhanden sei.

In der Sache besteht nun Einigkeit, wenn ich die beiden vorliegenden Anträge richtig lese, nur über die einzelnen Verfahrensschritte besteht Uneinig-

keit. Wir halten dabei unseren Vorschlag für besser: erst die Erhebung, dann die wissenschaftliche Studie, dann das Konzept.

Wir beantragen daher Abstimmung in der Sache und bitten um Zustimmung zum Koalitionsantrag.“